
SOZIALPARTNERSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNGS- ENTWICKLUNG

Rezession von: Reinhard Christl,
Sozialpartnerschaft und Beschäfti-
gungspolitik in Österreich, Europäi-
sche Hochschulschriften, Peter Lang,
Frankfurt am Main/Bern/New York/
Paris, 1990, 222 Seiten, sFr 51,-

Die in der heimischen Diskussion seit der „Erdölkrise“ wiederholt zu Grabe getragene Sozialpartnerschaft erweist sich nicht nur unverändert als zentrale Determinante des wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehens in Österreich, sondern erweckt ebenso das Interesse ausländischer Betrachter. Letzteres gilt freilich nur eingeschränkt für den Autor der vorliegenden Studie, da dieser aus Österreich stammt. Allerdings studierte und arbeitete er an der Universität Passau und unternahm es, die Bedeutung der österreichischen Sozialpartnerschaft an einem konkreten Beispiel dem deutschen Fachpublikum zu demonstrieren – auch durch einen Vergleich mit der Entwicklung in diesem Land. Zum Objekt seiner Forschung wählte er die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Zeit des Rückschlages 1974/75.

Christl gibt einen wohlfundierten Überblick über Entstehung, Position sowie die Institutionen der Sozialpartnerschaft und auch über ihre Rolle in der Wirtschaftspolitik. Für den österreichischen Leser wird die Studie naturgemäß vor allem durch den Vergleich mit der Bundesrepublik interessant. Hierbei kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß in Österreich insbesondere der Arbeitnehmerseite ein

weit größerer Einfluß auf die Wirtschaftspolitik zukomme als in der Bundesrepublik. Umgekehrt seien auch deutlich programmatische Unterschiede zwischen den beiden Gewerkschaften sichtbar. Während sich der ÖGB mit Staat und Gesellschaft identifiziert und auch für die Position der Arbeitgeber Verständnis zeige, sei der DGB in seinen Deklarationen eher auf Konflikt eingestellt. Die Lohnpolitik werde in Österreich der Vollbeschäftigung und dem Wirtschaftswachstum untergeordnet, wogegen sie in der BRD auch als Instrument der Umverteilung betrachtet werde. In Österreich verfolge man dieses Ziel eher über die Sozialpolitik.

Bedenkenswert scheint in diesem Zusammenhang der Hinweis des Autors, die liberale Haltung des ÖGB resultiere zum Teil aus seiner Trittbrettfahrerposition gegenüber dem DGB, welcher manche sozialpolitischen Forderungen durchkämpfe, die dann in Österreich unter Hinweis auf das deutsche Beispiel leichter durchgesetzt werden könnten. Vielleicht wäre dieser Gedanke, jenseits der Arbeitszeitverkürzung, genauer zu belegen.

Eine Ursache der relativ konfliktfreien Situation zwischen den Marktparteien in Österreich kommt in Christls Darstellung zu wenig hervor. Durch die Verstaatlichung fehlt nämlich in Österreich ein heimisches Großunternehmertum praktisch zur Gänze – die privaten Großbetriebe stehen in ausländischem Eigentum. Dieser Umstand bewirkte nicht nur einen faktischen Machtverlust für die Arbeitgeberseite, sondern schränkte sicherlich auch ihr Selbstbewußtsein – verglichen mit der BRD – ein.

Angesichts der programmatischen Unterschiede zwischen den Gewerkschaften scheint es bemerkenswert, daß die effektive Lohnpolitik keineswegs differiert. Der Autor vergleicht die Entwicklung der realen Tarifstundenlöhne seit 1970 und zeigt, daß diese in Österreich sogar stärker gestiegen sind – freilich auch die Produktivität.